

GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Göttinger Friedensforum gegründet



Friedensbüros, das es in Göttingen bis Anfang der 2000-er Jahre gab, wieder aufleben zu lassen: Mit regelmäßigen Treffen, Veranstaltungen, Kundgebungen und Öffentlichkeitsmaterialien wollen sie an die Arbeit des Friedensbündnis anknüpfen.

Um deutlich zu machen, dass diese Arbeitsgruppe offen für alle Interessierten Menschen ist, haben sie den Begriff „Forum“ genutzt; ein Forum, das für alle Friedenthemen offen sein will. Dieses Forum ist auch bereits per

mail erreichbar: Goettinger_Friedensforum@gmx.de.

Das nächste Treffen des Göttinger Friedensforums findet am **Mittwoch, den 17. Juli um 19.00 Uhr in den Räumen der Selbsthilfe Körperbehinderter**, Neustadt 7, statt. (gs)

Nach der erfolgreichen Osteraktion in der Innenstadt, am Nabel, an der rd. 200 Menschen teilgenommen haben, haben sich die Akteure am 5. Juni zusammengesetzt und darüber beraten, wie eine Friedensarbeit in Göttingen verstetigt werden kann.

Dabei haben sie beschlossen, den Antikriegstag am 1. September wieder zu nutzen, das Thema Frieden in die Öffentlichkeit zu bringen. In den davorliegenden Tagen soll darüber hinaus eine Veranstaltung zum INF-Vertrag stattfinden. Gemeinsam wollen sie am Samstag, 31. August (der 1. Sept. ist ein Sonntag) eine Kundgebung gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen friedensbewegten Organisationen durchführen. Inzwischen wurde wieder der Nabel als Veranstaltungsort angemeldet. Inzwischen erarbeitet eine Arbeitsgruppe einen Aufruf, der breit unterzeichnet werden soll.

Darüber hinaus beschlossen sie, den Gedanken des Friedensbündnisses /

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Göttinger Friedensforum	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Bittners neuer Roman	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2019
ist der 16. August.
Auslieferung am 22. August.

Letzte Meldung:

► Adler steigert Miete um 5,5%

Die Wohn-AG Adler Real Estate hat per Ende des ersten Quartals 2019 ihre Leerstandsquote um 170 Basispunkte auf 6,6% verringert. Bei der Durchschnittsmiete wurde im Jahresvergleich eine Erhöhung um 5,5% durchgesetzt, die Mieteinnahmen auf vergleichbarer Fläche stiegen um 3,9%. In Summe wurden 64,8 Mio. Euro an Mieten eingenommen, 44,3% mehr als im Vorjahresquartal. Der enorme Anstieg ist ein Effekt aus der zwischenzeitlich vollzogenen Übernahme der BGP-Bestände und "besseren operativen Leistungen im Zuge der Internalisierung von Property- und Facility-Management", teilt das Unternehmen mit. Quelle: immobilienzeitung 23.05.2019

Kommentar: Dank der SDPCDUFDP im Rat der Stadt Göttingen wird nun auch in Grono zur Mietsteigerung bei ADLERS beigetragen werden!

Veranstaltung:

Die neoliberale Zerstörung des Arbeitsrechts

Der Anwalt und Autor Rolf Geffken stellt 40 Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage seines Buches „Umgang mit dem Arbeitsrecht“ die Neuauflage seines „Handbuches für Betroffene“ vor.

Freitag, 12. Juli 2019, 19.00 Uhr

Arbeit & Leben, Lange Geismarstr. 72-73, 37073 Göttingen





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Maulkörbe für „Zivilgesellschaft“ – Auch die VVN-BdA ist betroffen

von Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA

In den letzten Wochen haben sich die schlechten Nachrichten gehäuft:

- die VVN-BdA Bayern muss erneut gegen die Ablehnung der Gemeinnützigkeit infolge der sachlich falschen, gleichwohl gerichtlich bestätigten Behauptungen des bayrischen Landesamts für Verfassungsschutz klagen
- mehreren Kreisvereinigungen der VVN-BdA wird von den Finanzämtern in NRW in gleichlautenden Schreiben die Gemeinnützigkeit unter Hinweis auf die Nennung unserer Vereinigung im bayrischen VS-Bericht aberkannt
- die Rote Hilfe, seit fast 50 Jahren im Focus des Inlandsgeheimdienstes, soll gleich ganz verboten werden, weil ihr die gigantische Repressionswelle nach G 20 einen enormen Mitgliederzuwachs beschert hat, und
- der Bundesfinanzhof entscheidet, dass attac die Gemeinnützigkeit entzogen wird.

Während unsere aktuellen Auseinandersetzungen in Bayern und NRW Teil der noch immer vom VS und mit ihm verbundenen Wissenschaftlern betriebenen Stigmatisierung des Antifaschismus als „linksextremistisch“ sind, stellt das Urteil gegen attac eine neue Bedrohung zivilgesellschaftlichen Engagements dar. So teilt der Bundesfinanzhof in seiner Stellungnahme zum Urteil klar und deutlich mit: „Die Verfolgung politischer Zwecke ist im Steuerrecht nicht gemeinnützig. Gemeinnützige Körperschaften haben kein allgemeinpolitisches Mandat, ...“.

Weiter heißt es: „Politische Bildungsarbeit setzt aber ein Handeln in geistiger Offenheit voraus. Daher ist eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen, nicht als politische Bildungsarbeit gemeinnützig.“

Das klingt, als solle der „Beutelsbacher Konsens“, der Schulen und öffentliche Kultur- und Bildungseinrichtungen zur „Neutralität“ verpflichtet, nun auf die

„Zivilgesellschaft“, also auf alle, die sich in gesellschaftliche Kontroversen einmischen, ausgeweitet werden. Politik wird von Politikern gemacht? Oder von denen, die eigenes Geld haben, ihre politischen Ziele durch Presse, Funk und Fernsehen und großflächige Plakate bewerben zu lassen?

Nicht ganz. Noch immer ist der ultrarechte Verein „Uniter“ als gemeinnützig anerkannt, von dem ein Informant berichtet, ein harter Kern seiner Mitglieder habe Waffendepots angelegt. Ebenso ist das Hetz-Portal „JouWatch“, das als Vereinszweck die „Förderung der Volksbildung“ angibt, weiterhin gemeinnützig wie auch die „Ludendorff-Gedenkstätte“ in Tutzing am Starnberger See oder die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ in Hamburg, eine 1962 vom einstigen Goebbels-Referenten Hugo Wellems mitgegründete Einrichtung, die eine Scharnierfunktion zwischen Rechtskonservativen und der extremen Rechten unterschiedlicher Prägung wahrnimmt.

Also ist wieder alles so, wie wir es kennen: Stören tut, was von „links“ kommt, ganz besonders, wenn es kampagnen- und mobilisierungsfähig ist. Da war schon immer das Label „linksextremistisch“, aufgeklebt durch den Inlandsgeheimdienst, dessen „Verstrickungen“ mit dem rechten Milieu notorisch sind, zur Hand. Da dieses in Zeiten neuer sozialer Bewegungen stumpf zu werden droht, kommt der Beeinträchtigung der finanziellen Bewegungsspielräume der Akteure, die diese tragen, neue Bedeutung zu.

Was heißt das nun für uns? Unsere Chancen in NRW stehen nicht schlecht, denn die Landesvereinigung Bayern ist juristisch gesehen ein anderer eingetragener Verein als die nun betroffenen Vereinigungen in NRW. Die offensichtlich konzertierte Aktion lässt allerdings einen übergeordneten politischen Willen erkennen, der weitere Angriffe befürchten lässt.

Und dann könnte das Urteil des Bundesfinanzhofs gegen attac auch für uns

bedeutsam werden. Bürgerschaftliches Engagement wird in allen möglichen Sonntagsreden gefordert. Gefördert werden soll es offensichtlich nur noch, wenn es sich im Caritativen erschöpft und nicht, wenn Positionen durch Mobilisierung Gehör in der politischen Debatte verschafft wird.

Gut, dass es die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V. gibt, die mit allen von solchen Angriffen auf die Gemeinnützigkeit Betroffenen gemeinsame Perspektiven in Richtung auf die dringend gebotenen Änderung des Gemeinnützigkeitsbegriffs entwickelt: Zivilgesellschaftliches Engagement muss auch in Zukunft steuerlich begünstigt werden. Und gut, dass das inzwischen auch im politischen Raum diskutiert wird. Trotzdem: Wir müssen uns auf eine lange Auseinandersetzung einstellen, die uns alle gemeinsam betrifft.

Rechtsextreme in Bundeswehr und Polizei – mangelhafter Aufklärungswille

Im Frühjahr des Jahres befanden sich in der Bundeswehr 450 Verdachtsfälle aus dem Bereich Rechtsextremismus beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) „in Bearbeitung“. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor. Demnach ziehen sich „Verdachtsfallbearbeitungen“ in vielen Fällen z.T. über Jahre hinweg, bis sie im Sande verlaufen. Die mangelhafte Aufklärung gilt ebenso für Fälle von Rechtsextremismus in der Polizei. Allein in Hessen, wo sich landesweit Verdachtsfälle gegen 38 Polizisten ergeben haben, ziehen sich die Ermittlungen bereits mehrere Monate dahin.

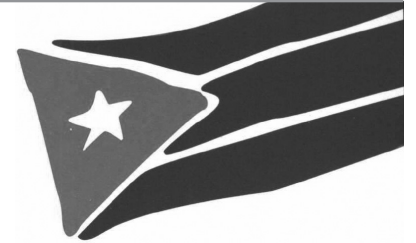


Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

am 09. 07 und 13. 07 um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Angesichts imperialer Bedrohungen und Zwänge wird nicht verhandelt

Autor: Redaktion Internationales | informacion@granma.cu

Der Präsident des Staats- und des Ministerrats Kubas, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, wiederholte in seinem Eintrag im sozialen Netzwerk Twitter, dass die Insel unter Druck und Bedrohungen der USA nicht verhandeln werde

Die Kubaner geben weder auf noch verkaufen sie sich.

Der Präsident des Staats- und des Ministerrats Kubas, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, wiederholte in seinem Eintrag im sozialen Netzwerk Twitter, dass die Insel unter Druck und Bedrohungen der USA nicht verhandeln werde.

„Fidel hat uns gelehrt: ‚Die Ehre ist nicht verhandelbar, das Land ist nicht verhandelbar, die Würde ist nicht verhandelbar, Unabhängigkeit, Souveränität, Geschichte, Ruhm sind nicht verhandelbar!‘ Angesichts

imperialer Bedrohungen und Zwänge wird nicht verhandelt!“, schrieb der Präsident.

Vor kurzem hat die kubanische Regierung die von den USA am 4. Juni 2019 verkündeten Maßnahmen verurteilt. Diese verschärfen die seit mehr als 60 Jahren gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, verstärken die bestehenden Reisebeschränkungen für US-Bürger nach Kuba weiter, führen das absolute Verbot für Boote aus den USA ein und verbieten, dass Kreuzfahrtschiffe in Kuba anlegen.

Die jetzige Regierung der Vereinigten Staaten ist bestrebt, Kuba, wie es seit 1959 von aufeinanderfolgenden Regierungen versucht wurde, politische Zugeständnisse abzurufen und durch wirtschaftliche Erstickung die Unzufriedenheit des Volkes



hervorzurufen. Sie haben nicht gelernt, dass die Kubaner sich weder ergeben noch verkaufen, wie ein altes Volkswort sagt.

▶ Neue Beweise für Lulas Unschuld

Autor: Mauricio Escuela | internet@granma.cu

Gemäß drei von The Intercept Brasil veröffentlichten Berichte koordinierte der gegenwärtige Justizminister Sergio Moro mit den Staatsanwälten des Falles Lava Jato, dass Lula ins Gefängnis käme und nicht einmal das Recht hätte, zu Wort zu kommen

The Intercept Brasil hat drei Berichte veröffentlicht, aus denen die Handlungsweise der brasilianischen Gerichte hervorgeht, mit der die Teilnahme von Luiz Inácio Lula da Silva an den Wahlen von 2018 verhindert wurde, bei denen alle Umfragen ihn als klarer Sieger zeigte.

In den Enthüllungen wird deutlich, dass der gegenwärtige Justizminister Brasiliens, Sergio Moro, mit der Staatsanwälten des

Falles Lava Jato koordinierte, dass Lula ins Gefängnis käme und nicht einmal das Recht hätte, das Wort zu ergreifen. Eine anonyme Quelle enthüllte einen Chat, in dem es Hinweise auf „interne Diskussionen und höchst kontroverse, politisierte und rechtlich zweifelhafte Einstellungen des Arbeitsteams“ gibt, so der RT-Nachrichtendienst.

Insbesondere die Staatsanwälte äußern in diesem Gespräch die Befürchtung, dass Lula dem Pressemedium Folha de S. Paulo ein Interview geben könnte, was „die öffentliche Meinung zugunsten der PT (Arbeiterpartei) drehen könnte“. Im gleichen Sinne „betete“ einer der Ankläger dafür, dass die Linke nicht zurück an die Macht

komme, weil die Anwälte sonst für ihre Unregelmäßigkeiten zur Verantwortung gezogen würden.

Sergio Moro gab in Verstoß der Gesetzesverfahren der Staatsanwaltschaft Anweisungen über die zu befolgenden Prozessstufen, wobei die Verurteilung entgegen der Unschuldsvermutung beschleunigt werden sollte, mit dem klaren Ziel, dass Lula nicht an der Wahlkampagne teilnehmen und nicht einmal die Wahl des PT-Kandidaten beeinflussen könnte.

Sowohl die Verteidigung von Lula als auch Dilma Rousseff forderten sofort die Aufhebung der Anklage gegen den ehemaligen Staatschef, da es sich um eine korrupte Verschwörung handelt, um das Image der PT zu beschmutzen. Unterdessen verstärkte die brasilianische Presse, einschließlich Medien der Rechten, den Druck auf den Präsidenten von Bolsonaro, der mutmaßlich für diese Verstöße verantwortlich war.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

🔍 Selbstkritisch und selbstbewusst – Wahlauswertung der DKP

Wie alle anderen Parteien in Göttingen haben sich auch die Kommunistinnen und Kommunisten unserer Stadt und unseres Landkreises mit den Wahlen zum europäischen Parlament vom 26. Mai auseinandergesetzt.

Die DKP, in der bundesweit rund 3500 Menschen organisiert sind, hat 20.419 Menschen Stimmen erhalten – 4728 weniger als bei der Wahl zum Europaparlament 2014. Das zeigt die erneut schwächer gewordene Verankerung dieser kleinen Partei in den Betrieben, Wohngebieten, Schulen und Hochschulen Deutschlands.

Landes- und kreisweit sehen die Zahlen nicht viel besser aus: in Niedersachsen waren es 1311 Stimmen, im Wahlbezirk Göttingen 72. Da tröstet es vielleicht ein wenig, dass auf allen genannten Ebenen die Zahl der Stimmen gegenüber der Bundestagswahl gewachsen ist.

Noch düsterer ist das Gesamtbild dieser Wahlen, das in Deutschland durch den grünen Hype etwas überlagert worden ist: Die Hauptgewinner dieser Wahlen sind ja nicht diejenigen, die das Thema „Klima“ auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Die Hauptgewinner sind diejenigen, die das Thema „Nation“ in Verbindung mit „Abwehr der Fremden“ auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Die künftig stärkste Einzelpartei im Europäischen Parlament wird die Brexit-Party sein, gefolgt von der rechten Lega aus Italien – die CDU ist auf den dritten Platz verwiesen. Die rechtste Fraktion des Parlaments – die Europäische Allianz der Völker und Nationen – hat 34 Sitze dazugewonnen, die der Sozialdemokraten 39 verloren. Die Grünen sind mit 17 dazugewonnenen Sitzen nur zweiter Sieger – so wie übrigens die GUE-NGL, der auch die deutsche Partei „Die Linke“ angehört, mit 13 verlorenen Sitzen (jetzt noch 39) zweiter Verlierer ist.

Das Beben, das anschließend durch den Kontinent zog, hat nicht nur Frau Andrea Nahles gezwungen, der Bundespolitik den Rücken zuzukehren. Auch die CDU schlingert gegenwärtig durch die

politische Landschaft - mehr als dass sie den Führungs- und Gestaltungswillen, den sie noch vor kurzem so selbstverständlich beanspruchte, wahrnimmt.

Vor allem mit Blick auf die Konservativen raunte Springers „WELT“ nach dem Rücktritt von Nahles am 3. Juni düster: „Nach Nahles‘ Abgang droht mit der SPD eine tragende Säule der Bundesrepublik einzustürzen. Aber auch andere wanken schon.“

Diese Einschätzung – anhaltende Rechtsverschiebung bei gleichzeitiger Labilisierung der staatlichen Säulen der kapitalistischen Gesellschaft – stand denn auch bei der Wahlauswertung der Göttinger Kommunistinnen und Kommunisten viel mehr als die eigenen Verluste im Mittelpunkt der Frage „Wie weiter – was tun?“

Zahlen, das hat die Geschichte gelehrt, können sich schnell ändern. Im Sommer 1989 hatte die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die sich auf Marx und Lenin berief, rund 2 Millionen Mitglieder und trotzdem war ein Jahr später die von ihr geführte DDR von der politischen Landkarte verschwunden. Ähnlich wenige Mitglieder wie jetzt die DKP Wählerstimmen hatten die russischen Bolschewiki im Februar 1917 und trotzdem dröhnte ein halbes Jahr später der damals unbekannt Name Wladimir Lenin um den ganzen Erdball.

Die Zeit, in der wir leben, ist keine Zeit ruhiger, gemächlicher Entwicklungen. Sie ist eine Zeit sich abzeichnender heftiger Umbrüche. In ihr stürzen politische Kräfte und ihre führenden Männer und Frauen, die sich für die Steuerer der Welt halten, binnen weniger Monate in den Orkus und andere treten genauso schnell an ihre Stelle. Was wir, diese klein gewordene DKP, tun, macht uns durchaus selbstbewusst: In keinem Land dieses Erdballs – und eben auch in Deutschland nicht – ist die kommunistische Partei als politische Kraft verschwunden. Sie hat den meisten anderen politischen Kräften das vorhandene Bewusstsein voraus, dass und wie geschichtliche Umbruchperioden durch

Mitgliederversammlungen in Juli/August

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 02. Juli, 20:00 Uhr
Vom Blödsinn grünetüchnten Individualverkehrs –
Perspektiven der E-Mobilität

MV Dienstag, 16. Juli, 20:00 Uhr
Grillen in Gunnars Garten

Die Themen für den August standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest

Die MV im Juli findet um 20.00 Uhr – noch ein letztes Mal (?) – bei Arbeit und Leben, Lange Geismarstr., statt



Einsicht und Entschlossenheit gestaltet werden können. Insofern sind wir uns unserer Notwendigkeit bewusst.

Die herrschende Klasse, das zeichnet sich ab, wird die Partei der Grünen an den Kabinettstisch bitten. Diese Partei aber hat ihren Frieden mit Marktwirtschaft, freien Unternehmertum und Gewinnorientierung längst gemacht – mit Blut besiegelt, als Josef Fischer mit der Lüge, das geschehe im Namen der in Auschwitz Ermordeten, zum Krieg gegen Jugoslawien aufrief. Sie wird die sich vertiefende Krise dieses Systems nicht bewältigen. Bricht auch dieser Hoffnungsträger in die Knie wie jetzt die SPD, wird sich das Feld für die rechten Demagogen um Gauland und seine Enkel noch weiter öffnen. Mehr denn je wird es dann die Kraft brauchen, die jetzt in Göttingen 72 Wählerinnen und Wähler hat. (ms)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Stadt will Grundstück in Grone-Süd verscherbeln

Die folgende Nachricht der Verwaltungsstelle Grone hat alle, die sich mit bezahlbarem Wohnraum beschäftigen, aufgeschreckt:

„(...) Auf dem Grundstück hat in der Vergangenheit noch keine Entwicklung stattgefunden, da die Fläche bis zuletzt als Reservefläche für verschiedene Nutzungen - u.a. zur Flüchtlingsunterbringung - vorgehalten wurde. Nunmehr hat die Stadt Göttingen die Absicht die Fläche für eine Wohnbebauung zu verkaufen. Die Ausschreibung wird derzeit vorbereitet. (...)“

Die Rede ist von dem Grundstück Rodeweg/Elmweg, den meisten noch bekannt unter dem Namen „Blaue Hallen“, weil hier einmal die drei blauen Hallen standen, die Karstadt in den 60-er Jahren als Lager gebaut hatte. Die Stadt will also wieder einmal

Tafelsilber verscherbeln statt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – wie es von allen Parteien und Fraktionen vollmundig zu

Bezahlbarer Wohnraum aber geht anders: Die Stadt Göttingen sollte die Städtische Wohnungsbau, beauftragen, evtl. gemeinsam mit der Wohnungsgenossenschaft und der Volksheimstätte hier Geschosswohnungen zu erreichen, damit auch tatsächlich bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Dazu muss weder das Grundstück verkauft werden noch muss ein Investor gefunden werden, der genau daran auch noch Profit macht. Die Kreiswohnbau hat in Bovenden vorgemacht, wie das geht.

Hendrik Falkenberg hat diese Unglaublichkeit mit einem Antrag in den Ortsrat, den wir unten dokumentieren, bekannt gemacht. Grobian wird hier am Ball bleiben und das Verhalten der Stadt skandalisieren. (gs)



hören ist. Es ist zu vermuten, dass hier weitere kleine Eigentümshäuser gebaut werden sollen, wie sie bereits im Bild sichtbar sind: Ein Fest für den Investor!

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

im Ortsrat Grone
Hendrik Falkenberg

► Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Antrag an den Ortsrat Grone

Der Ortsrat möge beschließen:

Der Ortsrat Grone fordert den Rat der Stadt Göttingen auf, den Verkauf des Baugrundstücks Rodeweg/Elmweg (ehemals: „Blaue Hallen“) an einen Investoren auszuschließen. Er möge die städtische Wohnungsbau beauftragen oder/und den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften ermöglichen, auf dieser Fläche – z.B. in Erbpacht – bezahlbaren Wohnraum zu erstellen.

Begründung:

Diese Stadt benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum – so das einhellige Credo aller Parteien und gesellschaftlichen Kräfte in Göttingen. Allein schon die Veranstaltung zur Kinderarmut am 29.5.2019 im Nachbarschaftszentrum Grone hat die Notwendigkeit noch einmal belegt! Der Artikel im Göttinger Tageblatt v. 6.6.2019 zeigt überdies, dass dies mit der Kreiswohnbau-gesellschaft zu leisten ist.

Hendrik Falkenberg





DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 28. August, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Rotes Zentrum, Saal, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Nachwahlen (Nachbesetzung freier Frauenplätze)
 - 2.1. Kreisprecher*innenrat
 - 2.2. Ersatzdelegierte zum Landesparteitag
3. Arbeitsplan & thematische Schwerpunkte der politischen Arbeit bis Jahresende
4. Neumitgliederaktivierung
5. Rotes Zentrum
 - Bericht zur aktuellen Situation
 - Beschluss über finanzielle Beteiligung
6. kommunalpolitische Halbzeitbilanz/Ausblick auf die nächste Kommunalwahl
7. Verschiedenes

Jugendverband [‘solid’]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 04.09., 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Themenschwerpunkt: Schulpolitik in Stadt und Landkreis

01.09.1939 – 01.09. 2019 Gedenkveranstaltung zur Zwangsarbeit im zweiten Weltkrieg

Sonntag, 1. September, 19:00 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen

Referent: **Günther Siedbürger**

Veranstalter: Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI und der Geschichtswerkstatt Duderstadt

Mit dem Überfall des Deutschen Reiches am 1. September auf Polen vor 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg, der 60 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Den Opfern des Krieges widmen wir diesen Gedenktag. Günther Siedbürger hat die Rolle der Zwangsarbeit im zweiten Weltkrieg im Kreis Göttingen untersucht und wird darüber berichten.

Ab 12.00 Uhr werden zwei Stadtrundgänge zu den Themen „Zwangsarbeit in der Göttinger Medizin“ und „NS-Zeit im Albaniviertel, ein Stadtteilrundgang“ angeboten. Abgeschlossen soll der Tag mit Kaffee und Kultur, ebenfalls im Holbornschen Haus.

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Montag, 19. August 2019, 19:00 im Foyer des Roten Zentrum,

Thema: Ökologie - Allgemeinwohl gegen Kapitalinteressen

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 12. Juli, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Freitag, 9. August, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Die neoliberale Zerstörung des Arbeitsrechts

Freitag, 12. Juli 2019, 19.00 Uhr bei „Arbeit & Leben Göttingen“,

Lange Geismar Strasse 73, Göttingen: **Siehe Veranstaltungshinweis auf Seite 1.**

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 15 - Mai 2019

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

In einer relativ kurzen Kreistagssitzung wurde ein dennoch bunter Strauß an Themen behandelt, insgesamt ein wenig „mobilitätslastig“. Vor allem die Diskussion zum Thema ÖPNV-Tarife wird uns in der nächsten Zeit dann wohl am meisten beschäftigen, wozu wir auch gerne Anregungen entgegen nehmen. Einen ersten Antrag dazu – kostenlose Fahrradmitnahme – haben wir dann auch gleich gestellt.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6 – Einführung von Abbiegeassistenzsystemen

Als Partei, die insbesondere auch die Interessen der Fahrradfahrer und Fußgänger im Auge hat, war es für uns ein wichtiges Anliegen, auch die Möglichkeiten der Kreispolitik zum Schutz dieser Verkehrsteilnehmer auszuschöpfen. Vorgesehen ist gemäß unserem Antrag, Fahrzeuge des Landkreises Göttingen mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen mit einem elektronischen Abbiegeassistenzsystem auszurüsten.

Der Antrag wurde im Gremium unisono als sinnvoll erachtet und auch einstimmig angenommen.

TOP 7 – Änderung der Hauptsatzung

Von unserer Gruppe wurde hierzu der Antrag eingebracht, dass in öffentlichen Sitzungen Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Verwaltung Film- und Tonaufnahmen von den Mitgliedern der Vertretung mit dem Ziel der Veröffentlichung anfertigen (dürfen).

Mohan Ramaswamy beklagte dabei, dass eine frühzeitige „Stellungnahme“ der Verwaltung eine Diskussion über unseren Antrag verhindert habe – obgleich ein Vorschlag gemacht wurde, der anderswo, z.B. auch im Göttinger Rat, bereits Realität ist. Diese neue Unsitte, Anträge unserer Gruppe bereits vor der ersten Beratung in einem demokratisch legitimierten Gremium verwaltungsseitig einer Bewertung zu unterziehen, ist inzwischen zur Routine geworden und gehört zu einem Katalog verschiedener Maßnahmen, unser Initiativrecht aufzuweichen. Unser Antrag wurde dementsprechend abgelehnt.

TOP 12 – Förderung des Insektenvielfalt

Gestellt wurde der Antrag von der Verwaltungsgruppe (SPD/Grüne/FWLG). Vorgesehen ist, kreiseigene Flächen auszuwählen, die insekten- und bienenfreundlich umgestaltet werden können. Unsere Gruppe stellte dazu einen Änderungsantrag, der über die ursprüngliche Zielsetzung deutlich hinausging und auch ein Verbot bzw. eine Reduzierung von Schottergärten vorsah. Diese – bereits nach Landesrecht unzulässige Form der „Gartengestaltung“ – wurde von der CDU als Eingriff in fremdes Eigentum betrachtet, die Argumente unserer Redner fanden kein Gehör. Beschlossen wurde also nur der zwar sinnvolle, aber zu bescheidene Ursprungsantrag.

TOP 24 – Tarifgutachten zum VSN-Tarif

TOP 27 – Kostenlose Fahrradmitnahme

Nach langer Wartezeit wurde dem Kreistag nun das Tarifgutachten des VSN vorgelegt, in dem verschiedene Varianten einer verbesserten Fahrpreisgestaltung überprüft wurden. Passend dazu hatte unsere Gruppe einen Antrag zur kostenlosen Fahrradmitnahme in den Regionalzügen gestellt. Diese Maßnahme wird im Gutachten als sehr preiswert realisierbar bewertet. Viel teurer wäre dagegen das vom Landrat bereits im Kommunalwahlkampf angekündigte 5-€-Ticket für Fahrten durch den gesamten Landkreis. Gleichwohl klang in der Debatte durch, dass im Gegensatz zum 5-€-Ticket die kostenlose Fahrradmitnahme nicht gewollt sei.

Die Debatte zur Reform des VSN-Tarifs kann jetzt jedenfalls beginnen. Dabei werden wir darauf achten, dass die für uns wichtigen Bausteine diskutiert werden, denn nicht zuletzt war die Initialzündung für die Erstellung des Gutachtens ein Antrag unserer Gruppe zur Einführung eines Sozialtickets.

TOP 26 – FFH-Gebiet Schwülme und Auschnippe

Bei der Ausweisung von FFH-Gebieten, bei der das Land Niedersachsen allen anderen Bundesländern deutlich hinterher hinkt, sieht die Situation auch in unserem Landkreis nicht sehr erfreulich aus. Regelmäßig werden diese nicht als Naturschutz-, sondern lediglich als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen, so dass fraglich ist, ob EU-Normen eingehalten werden.

Für unsere Gruppe forderte Eckhard Fascher die Ausweisung des Adeleberer FFH-Gebiets als Naturschutzgebiet. Zudem sollen die drei voneinander getrennten Teilstücke miteinander verbunden werden und mit dem im Lkr. Northeim liegenden Teil des FFH-Gebiets einen gemeinsamen Schutzstatus erhalten. Wie bei ähnlichen Debatten wurde die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet von SPD, CDU, Grünen und FWLG gegen unsere Stimmen beschlossen.

TOP 28 – Kostenfreies Mittagessen in Schulen

Neu eingebracht wurde ein entsprechender Antrag von unserer Gruppe. Darin wird die Kreisverwaltung beauftragt, zu prüfen, inwieweit ein kostenfreies Mittagessen für alle Schüler/innen, die eine Schule in Trägerschaft des Landkreises besuchen, angeboten werden kann. Es soll geprüft werden, welche Kosten hierdurch entstehen und welche räumlichen Voraussetzungen (Mensen) vorhanden sind bzw. neu geschaffen werden müssen. Für eine große Zahl von Kindern ist ein tägliches warmes Mittagessen keine Selbstverständlichkeit. Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass alle Kinder während der Schulzeit ein kostenfreies, warmes Mittagessen erhalten. Das Essen soll allen Kindern angeboten werden, ohne dass eine Bedürftigkeitsprüfung stattfindet.



► Europawahl – aus LINKER Göttinger Sicht

Für DIE LINKE war das Ergebnis der Europawahl enttäuschend: Zwar hatten die Umfragen Verluste erwarten lassen, aber 5,5 Prozent sind das schlechteste Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl seit der Vereinigung von PDS und WASG und knapp zwei Prozent als bei der letzten Europawahl, allerdings bei deutlich gesteigener Wahlbeteiligung. Gemessen an ihren prozentualen Anteil erreichte die PDS 1999 und 2004 bereits etwas bessere Ergebnisse, wogegen sich die Schrumpfung des Anteils an den Gesamtwahlberechtigten vergleichsweise gering ausfällt:

Jahr	1994	1999	2004	2009	2014	2019
Stimmenanteil PDS/ LINKE	4,7%	5,8%	6,1%	7,5%	7,4%	5,5%
Anteil an Wahlberechtigten	2,8%	2,6%	2,6%	3,2%	3,5%	3,3%

Horst Kahrs, der für die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Europawahl analysiert hat, sind drei Gründe für das schlechte Abschneiden der LINKEN:

1. Es gab keine einheitliche Haltung zur EU. Von einer deutlichen Ablehnung ihrer Institutionen bis hin zu einer (unkritischen) EU-Befürwortung ist in der Partei alles vertreten.
2. Traditionell ist vielen LINKEN Wählern schwer zu vermitteln, eine Institution zu wählen, die sie selbst kritisch sehen.
3. Kleine eher im linken Spektrum agierende oder dort wahrgenommene Parteien wie die Satire-PARTEI konnten den LINKEN zahlreiche Wähler abnehmen. Dies verdeutlicht auch der Unterschied zur Wahl in Bremen.

Diese Gründe beziehen sich ausschließlich auf die Europawahl. Hinzu kamen aber hausgemachte Probleme wie innerparteiliche Konflikte und der Rückzug Sahra Wagenknechts und eher unbekannt Kandidaten. Enttäuschend ist, dass die Partei so überhaupt nicht von dem Niedergang der SPD profitieren konnte.

Auch in den übrigen europäischen Ländern verloren linke Parteien. Konnte 2014 der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras als europäischer linker Spitzenkandidat und jemand, der den Kapitalisten mal zeigt, wo der Hammer hing,

noch eine gewisse Strahlkraft entwickeln, fehlte diesmal ein ähnlicher Kandidat, zumal Tsipras nach seiner Kapitulation 2015 sein Heldenimage eingebüßt hatte.

Bürgerschaftswahl Europawahl in Bremen

Entgegen dem Ergebnis der Europawahl gewinnt hier DIE LINKE knapp zwei Prozent und wird deutlich zweistellig. Wichtig und ermutigend zugleich: Das Ergebnis der LINKEN in Bremen liegt bei der Bürgerschaftswahl um 3,4 % höher als bei der Europawahl, dafür sind die kleineren eher linken Parteien deutlich schwächer. Dies zeigt, dass bei den übrigen Wahlen DIE LINKE wahrscheinlich wieder stärker abschneiden wird. Besondere Kompetenzen der LINKEN sehen die Wähler in den Bereichen Wohnungspolitik (23 %), Soziales (24 %) und Bildung (12 %). Interessanterweise zeigt sich hier, dass die Grünen bei der Europawahl deutlich stärker und die CDU deutlich schwächer sind, sodass bei der Bürgerschaftswahl SPD und CDU wie früher die beiden stärksten Parteien sind und zusammen sogar eine Mehrheit hätten. **(Siehe Tabelle 2 nächste Seite)**

Wie sieht die Situation in Göttingen aus?

Hier wurden die Grünen in Göttingen mit mehr als einem Drittel deutlich stärkste Partei und sind fast so stark wie CDU und

SPD zusammen. Auf Landkreisebene (inkl. Göttingen) konnte die CDU die Grünen knapp überflügeln, auch die SPD verliert auf dem Land nicht so extrem wie in der Stadt: **(Siehe Tabelle 3 nächste Seite).**

Gerade in der Stadt fällt der hohe Anteil kleinerer eher links wahrgenommener Parteien auf. Erfreulich ist dabei, dass die AfD hier deutlich unterdurchschnittlich ist. Seriöse Aussagen in Hinblick auf die Kommunalwahl in zwei Jahren lassen sich schwer treffen, zu sehr scheint das gesamte Parteiensystem in Bewegung geraten zu sein. Entscheidend dürfte sein, ob die SPD und auch die CDU ihre Mitglieder und kommunalen Funktionsträger halten kann oder diese Wählergemeinschaften gründen oder sich anderen Parteien insbesondere den Grünen anschließen.

Zuletzt lohnt sicher auch ein Blick auf das Stimmverhalten der Tätigkeitsgruppen: **(Siehe Tabelle 4 nächste Seite)**

Interessant dabei ist, dass die Rentner immer noch zu zwei Drittel Union oder SPD wählen. Traurig, dass sich hier die AfD als Partei der Arbeiter und Erwerbslosen positionieren kann, die die Partei offensichtlich als sozial ansehen. Wenn auch DIE LINKE unter den Erwerbslosen noch deutlich überdurchschnittlich ist, ist sie auch hier nur fünftstärkste Kraft, unter den Arbeitern verliert sie überdurchschnittlich. e.f.

Quellen:

Gesamtergebnis Europawahl, Landesergebnisse Niedersachsen + Bremen: Bundeswahlleiter

<https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html>

Bürgerschaftswahl Bremen:

http://www.wahlen-bremen.de/Wahlen/2019_05_26/04010000/html5/Buergerschaft_Bremen_22_Kreis_Land_Bremen.html

Göttinger Ergebnisse 2019:

https://wahlen.kdgoe.de/Wahl-2019-05-26/03159000/html5/Europawahl_9_Kreis_Landkreis_Goettingen.html

Göttinger Ergebnisse 2015:

https://wahlen.kdgoe.de/historie/2014ew/Daten/152000_000050/index.html

Tabelle zum Gesamtstimmenanteil und weiteres:

Horst Kahrs, Wahl zum Europäischen Parlament.

<https://www.rosalux.de/publikation/id/40480/die-wahl-zum-europaeischen-parlament-in-deutschland/>

DIE LINKE LV Niedersachsen zur
Europawahl am 27.05.2019

▶ Gegen den Bundestrend: LINKE. Niedersachsen hält ihr Ergebnis

Partei/ Bremen	Bürgerschaft	Europawahl
Wahlbeteiligung	64,0%	62,8%
CDU	26,7 %	21,9%
SPD	24,9%	24,5%
Grüne	17,4 %	22,7%
LINKE	11,3%	7,9 %
AfD	6,1 %	7,7%
FDP	5,9%	4,7%
BIW	2,4%	n.a.
Die PARTEI	1,7%	3,3%
Piratenpartei	1,0%	0,9%

DIE LINKE. Niedersachsen ist zwar enttäuscht vom EU-Wahlergebnis, sieht sich aber weiterhin auf einem guten Weg. In den nächsten Wochen erfolgen eine fundierte Analyse der Ergebnisse und eine Konkretisierung nächster Schritte. DIE LINKE. Niedersachsen richtet den Blick jedoch nicht nur nach Brüssel, sondern auch nach Bremen.

Partei	Euro 2019				Euro 2014			
	Stadt	Lkr.	Nds.	Bund	Stadt	Lkr.	Nds.	Bund
Wahlbeteiligung	64,8%	60,3%	61,5 %	61,4%	52,3%	50,3%	49,1%	48,1%
Grüne	34,8%	25,3%	22,6%	20,5%	21,1%	13,1%	10,9%	10,7%
CDU	17,8%	25,6%	29,9%	28,9%	24,4%	32,9%	39,4%	35,3%
SPD	18,6%	22,3%	20,9%	15,8%	33,0%	35,6%	32,5%	27,3%
LINKE	6,3%	4,4%	3,8%	5,5%	7,7%	5,1%	4,0%	7,4%
AfD	4,8%	6,8%	7,9%	11,0%	4,4%	5,0%	5,4%	7,1%
FDP	4,2%	4,5%	5,0%	5,4%	2,9%	2,4%	2,5%	3,4%
Die PARTEI	4,1%	2,8%	2,4%	2,4%	1,4%	0,7%	0,5%	0,6%
Volt	1,6%	0,9%	0,5%	0,7%	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Tierschutzpartei	1,1%	1,4%	1,5%	1,4%	0,9%	1,0%	1,1%	1,2%
Diem 25	1,1%	0,6%	0,3%	0,3%	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Piratenpartei	0,8%	0,7%	0,6%	0,7%	2,2%	1,4%	1,2%	0,7%
Freie Wähler	0,5%	0,9%	0,6%	1,5%	0,3%	0,6%	0,4%	2,2%

Landesvorsitzende Heidi Reichinnek fest: „Natürlich haben wir uns mehr erhofft, freuen uns aber auch darüber, dass uns unterm Strich mehr Menschen ihre Stimme gegeben haben. Auf Basis der nun folgenden Auswertungen werden wir uns in den nächsten Monaten auf die Kommunal- und Bundestagswahlen 2021 vorbereiten und weiter an unserem landespolitischen Profil arbeiten sowie den Parteaufbau in Niedersachsen voranbringen. Das Engagement unserer Mitglieder in verschiedenen sozialen und ökologischen Bewegung sowie die Schärfung und bessere Darstellung unserer Positionen zu niedersächsischen Kernthemen sind dabei für uns zentrale Elemente. Wir sind uns sicher, dass wir bei den nächsten Wahlen bessere Ergebnisse holen werden.“

Partei	Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Selbständige	Rentner	Erwerbslose
CDU	29 (- 6)	24 (- 8)	24 (-9)	26 (-12)	41 (0)	14 (-7)
Grüne	21 (+10)	14 (+7)	26 (+12)	25 (+10)	11 (+6)	17 (+6)
SPD	16 (- 11)	15 (- 11)	13 (- 12)	9 (- 8)	23 (- 12)	14 (-14)
AfD	11 (+ 4)	23 (+ 13)	9 (+ 1)	12 (+4)	10 (+ 4)	21 (+16)
LINKE	6 (- 1)	6 (- 4)	6 (- 1)	3 (- 4)	5 (- 2)	13 (-3)
FDP	5 (+2)	4 (+ 2)	6 (+3)	12 (+ 3)	4 (+1)	3 (+1)

Auch der Co-Vorsitzende Lars Leopold sieht die LINKE. Niedersachsen auf einen guten Kurs und das Potential noch nicht ausgeschöpft: „Das gute Abschneiden der LINKEN bei der Landtagswahl in Bremen macht Mut und ist Ansporn zugleich. Wir nehmen uns an der Bremer Linkspartei ein Vorbild und werden nicht nur unser landespolitisches Profil schärfen, sondern uns weiter in sozialen Bewegungen verankern. Denn es ist endlich Zeit, dass die maroden Schulen, fehlende Kita- und Krippenplätze, der Pflegenotstand, explodierende Mieten sowie die leeren Kommunalkassen auf die politische Tagesordnung des Landes kommen. DIE LINKE. steht auch außerhalb von Wahlkampfzeiten an der Seite prekär beschäftigter Menschen, Klimaaktivist*innen, Kämpfer*innen gegen Rechts und anderen oppositionellen Kräften. Es ist nun unsere Aufgabe, kontinuierlich an diesen Zielen zu arbeiten.“

<https://www.dielinke-nds.de/start/aktuell/detail/news/gegen-den-bundestrend-linke-niedersachsen-haelt-ihr-ergebnis/>

Jetzt Mitglied werden!

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.
Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr.
Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums. **Hier kannst Du sofort und online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären.**

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden/>



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Kreiswohnbau – Beitrag gegen Wohnungsprobleme in Göttingen

Seit der Kreisfusion hat der neue Landkreis Göttingen mit der 1949 gegründeten Kreiswohnbau Osterode am Harz/ Göttingen GmbH ein eigenes Wohnungsunternehmen, wobei der Namensbestandteil Göttingen neu ist.

Das Unternehmen ist zu 67% im Eigentum des Landkreises Osterode bzw. jetzt Göttingen, rund 20% gehören Städte und Gemeinden, 13,3% Privatpersonen.

Ursprünglich war die Kreiswohnbau ausschließlich im (Alt)Kreis Osterode tätig, nach der Kreisfusion hat diese ihre Aktivitäten in das Göttinger Umland ausgeweitet. Zu ihren Aktivitäten schreibt sie auf ihrer Homepage:

„Wir bewirtschaften rund 1.500 Mietobjekte und sind zudem aktiv im Wohnungsneue- und Umbau tätig. Seit 1990 haben wir rund 360 Miet- und Eigentumsobjekte neu erstellt – Wohnungen, Doppel – und Reihenhäuser – die wir nahezu sämtlich auch verwalten. Außerdem sind wir im Gewerbebau tätig, sodass in Nachbarschaft unserer Objekte Einzelhandelsmärkte sowie Einkaufszentren entstanden sind. Zurzeit vermieten wir einige dieser Gewerbeobjekte u.a. an Aldi, Edeka, Expert und Kik.

In den zurückliegenden Jahren hat bei uns die Modernisierung bestehender Objekte eine besondere Stellung eingenommen. Diese erfolgt auf anerkannt hohem Niveau, sodass sich eine Vielzahl der Bestandsobjekte auf neubaugerechtem Standard befindet.

Durch innovative Angebote auf dem Miet- und Eigentumssektor besitzen wir eine breit gegliederte Kundenklientel. Diese zu halten, ist unser größtes Ziel. Daher versuchen wir, die demografischen Besonderheiten unserer Region zu unserem Vorteil zu nutzen. So entstanden in den vergangenen Jahren mehrere Seniorenwohnanlagen, in denen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter ermöglicht wird.“

Die Kreiswohnbau will attraktiv für die Mieter zu bleiben, da der Altkreis Osterode stark von Leerstand geprägt war. So werden auch Serviceleistungen vor allem für Senioren angeboten: „Auf Wunsch sorgen wir dafür, dass Sie ambulante Dienstleistungen entsprechend Ihres Bedarfs erhalten. Wir vermitteln Reinigungs- und Einkaufshilfen und bieten Ihnen einen kostenlosen Fahrdienst zum Arzt, zur Apotheke oder zum

Einkaufen an.“ Auch Stadtteiltreffs werden organisiert.

Und wie sieht es im Göttinger Umland aus?

Nach der Kreisfusion hat die Kreiswohnbau begonnen, neue Wohneinheiten in den Gemeinden Bovenden und Rosdorf zu errichten: Dies sind bis 2020 76 Wohnungen in Bovenden und 16 in Lenglern. In Rosdorf sind 2021 57 Wohnungen geplant, in der Stadt Osterode acht. Die ersten 24 Wohneinheiten in Bovenden sind bezugsfertig: Öffentlich geförderte 53m² und 56m² große Zweizimmerwohnungen werden für eine Bruttokaltmiete (inkl. kalter Nebenkosten, ohne Heizung) von 430 bzw. 450 Euro angeboten. 720 Euro kostet eine 89 m² große Vierzimmerwohnung. Dies befindet sich noch innerhalb des Erstattungsbetrags der „Kosten der Unterkunft“ für zwei bzw. 5 Personen umfassenden Hartz-IV-Haushalte und entspricht einer Quadratmetermiete ohne Nebenkosten von 5,6 bis 5,8 Euro.

Teurere Wohnungen, die ohne Wohnberechtigungsschein bezogen werden können, gibt es auch: Eine 78m²-3-Zimmer-Wohnung kostet 940 Euro Bruttokaltmiete, wovon 742 Euro auf die Grundmiete entfallen und so einem Quadratmeterpreis von 9,5 Euro entsprechen.

Beim Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 8. Mai war durch Hanjo Rose die Arbeit der Kreiswohnbau vorgestellt worden. Die Teilnehmer*innen zeigten sich vor allem erfreut über die günstigen Mieten bei den geförderten, neu erstellten Wohnungen. Die Städtische Wohnungsbau bietet dagegen neu erstellte, geförderte Wohnungen beispielsweise in Weende zum Preis von sieben Euro pro m² an. Auch nicht geförderte Wohnungen sind deutlich teurer. Anders

► Kommunalpolitischer AK zum ÖPNV

Am 19.06. wurde das im Kommunalpolitischen Arbeitskreis in den letzten Göttinger Blättern vorgestellte Tarif-Gutachten zum ÖPNV in Südniedersachsen diskutiert. Dabei wurde sowohl das Angebot als auch der hohe Preis des ÖPNV im ländlichen Raum kritisiert. Ein ÖPNV, der sich an den Notwendigkeiten des Schülerverkehrs orientieren muss, ist keine Alternative zum Auto, die aber notwendig ist,

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)

Bärbel Safieh

Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 04.09., 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Themenschwerpunkt: Schulpolitik in Stadt und Landkreis

als bei der Städtischen Wohnungsbau wird bei der Kreiswohnbau auf die Ausschüttung einer Dividende für ihre Anteilseigner verzichtet, so dass diese Gelder investiert werden können.

Der Versuch unserer Kreistagsgruppe im Dezember letzten Jahres eine Stärkung der Kreiswohnbau zu erreichen, um die Aktivitäten im Raum Göttingen noch ausweiten zu können, wurde leider abgelehnt. Dennoch ist die Kreiswohnbau vorbildlich und leistet einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Mietprobleme in Göttingen. ef

wenn man es mit Klimaschutz ernst meint. Das Gutachten stellt dabei durchaus einige Verbesserungen der Tarifstruktur vor, die aber Flickwerk bleiben, wenn nicht deutlich mehr Geld in den ÖPNV fließt und so das Angebot dem Mobilitätsbedürfnissen entsprechend verbessert werden kann und die Preise deutlich gesenkt werden bis hin zu einem kostenlosen ÖPNV als Fernziel.

Unser Antrag in der Ratssitzung am 21.6.2019

Völlig überzogene Mieten in städtischen Unterkünften für selbstzahlende Geflüchtete korrigieren.

- Der Rat fordert die Verwaltung auf, die Berechnung der Mieten (Nutzungsentschädigungen) in den städtischen Unterkünften für Geflüchtete offen zu legen.
- Für die Berechnung der Mieten ist die Zustimmung des Rates einzuholen.
- Überhöht eingeforderte Beträge werden rückwirkend erstattet.

Begründung:

In der Flüchtlingsunterkunft an der Europaallee berechnet die Stadt Göttingen eine Warmmiete für selbstzahlende Geflüchtete von 1620€ für 65m², auf den Zietenterrassen 2676 € Warmmiete für die gleiche Wohnungsgröße. Damit dreht die Stadtverwaltung aktiv an der jetzt schon völlig überhitzten Mietpreisschraube. Uns sind keine privaten Vermieter oder Vermieterinnen in Göttingen bekannt, die mehr verlangen.

Nach uns vorliegenden Informationen zahlen Geflüchtete in der Sammelunterkunft an der Europaallee eine „Nutzungsentschädigung“

von 270 € pro Person in einer 3 Zimmer-Wohnung, in der 6 Personen untergebracht sind, auf den Zietenterrassen sind es 446 €. Das bedeutet, dass dieser Preis für einen Schlafplatz und die gemeinsame Küchen- und Badbenutzung erhoben wird. Diese Preise sind nicht nachvollziehbar. Das Sozialamt und das Jobcenter verlangen von Vermieter*innen von Sozialleistungsbezieher*innen eine detaillierte Aufschlüsselung der Mietkosten. Sind diese Aufschlüsselungen nicht ganz genau nachvollziehbar gelistet, wird teilweise der Mietzuschuss verweigert. Die hiesige Sozialbehörde sieht sich dagegen überhaupt nicht in der Pflicht, ihre Forderungen an Geflüchtete zu begründen.

Für die arbeitenden Geflüchteten, die in der Regel für den Mindestlohn arbeiten, sind diese unzumutbaren Kosten für diese Wohnform nicht akzeptabel.

Die Rede von Bärbel Safieh dazu

Verehrte Anwesende,

den vorliegenden Antrag bringen wir ein, weil Geflüchtete auf uns zugekommen sind mit der Bitte um Hilfe. Sie haben uns Schreiben der Stadt Göttingen mit Mietforderungen vorgelegt, deren Inhalt wir zunächst kaum glauben konnten. Daraufhin haben wir die Unterkünfte besucht, um uns ein eigenes Bild zu machen.

Die Betroffenen leben in den städtischen Flüchtlingsunterkünften an der Europaallee und auf den Zietenterrassen. Zwar haben diese Menschen es geschafft, sich so gut zu integrieren, dass sie eine Arbeit gefunden haben und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Aber eine eigene Wohnung außerhalb der Sammelunterkünfte war leider noch nicht zu finden. Kein Wunder, denn es fehlt bekanntlich bezahlbarer Wohnraum en masse in Göttingen und gerade Geflüchtete haben es trotz aller öffentlicher und privater Bemühungen besonders schwer, Wohnungen zu finden. Diese Problematik wird übrigens noch zunehmen. Denn die Mehrheit dieses Rates hat mit ihrer Entscheidung im Mai bezahlbaren Wohnraum in Grone aufgegeben zugunsten teuren Neubaus.

Die Geflüchteten, die sich an uns gewandt haben, können also keine eigene Wohnung finden. Sie verfügen aber über eigenes Einkommen. Deshalb werden ihnen in den Sammelunterkünften für den Schlafplatz in einem Drei-Bett-Zimmer 270,- € in der Europaallee und auf den Zietenterrassen 446,- € pro Monat von der Stadt in Rechnung gestellt. Wir fragen die Verwaltung: Wie berechnet sich dieser horrende Betrag und wieso gibt es diesen großen Unterschied zwischen den Unterkünften? Liegt es an der Lage? Kann man für den Schlafplatz im Mehrbettzimmer ohne Privatsphäre in beliebiger Höhenlage mehr verlangen als für die Unterkunft in Autobahnnähe? Gar nicht nachzuvollziehen für uns ist, dass für den Schlafplatz in den Unterkünften nur 146,- € berechnet werden, wenn er aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird. Dies ist ja bei den meisten dort lebenden Geflüchteten der Fall.

Es handelt sich bei den Verdiensten der SelbstzahlerInnen aller Wahrscheinlichkeit nicht um hohe Gehälter. Die hohen Nutzungsentschädigungen stellen eine Wuchermiete für die Betroffenen dar, für die sie noch nicht mal ein Einzelzimmer, geschweige denn eine eigene Wohnung bekommen. Wir fordern die Verwaltung auf, von den Geflüchteten maximal das an Nutzungsentschädigung zu verlangen, was auch für erwerbslose BewohnerInnen berechnet und aus Staatskasse bezahlt wird. Die Differenz zu den hohen Entgelten ist umgehend zurück zu erstatten. Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass Sie sich unseren Forderungen im Sinne der Geflüchteten anschließen. Vielen Dank.

Der Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen und wird etlichen Geflüchteten zugutekommen. Frau Broistedt hat schon im Rat verlauten lassen, dass die teuersten Preise natürlich revidiert werden, und sie erklären will, wie die anderen Preise entstehen. Ein gutes Gefühl für den Sinn unserer Arbeit: hier können Betroffene auch mal direkt von unserer Arbeit profitieren.

Kontakt Daten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de
www.goettingerlinke.de

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Rezeption

► Der Krieg kam per Post

Wolfgang Bittners neuer Roman „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“

Von Ralf Ruhl

1942. In Oberschlesien hat der Krieg noch nicht Einzug gehalten. Dennoch ist er allgegenwärtig: Alle Männer jungen und mittleren Alters sind in der Armee, Kinder spielen mit echtem Kriegsschrott, werfen Handgranaten in Flüsse, der Volksempfänger plärrt Siegesmeldungen. Doch nach der Katastrophe von Stalingrad kommen immer mehr Briefe des Oberkommandos der Wehrmacht an die in der Heimat gebliebenen Frauen. Und teilen den Tod des Mannes, Vaters oder Bruders mit. Heldenhaft gefallen selbstverständlich, für Vaterland und Ehre und Hitler.

Das Kind, später der Junge genannt, beobachtet das Leben an seinem Heimatort genau. Den ganzen Roman über wird er namenlos bleiben. Er bekommt, wie alle Kinder, vieles mit, teils bruchstückhaft, teils ergänzt er aus seiner Erfahrung und Fantasie, was er nicht versteht.

Ein neuer Oskar Matzerath? Ganz sicher nicht. Bittner teilt Beobachtungen in kurzen, fast lakonisch anmutenden Sätzen mit. Tief in die Gefühle und Emotionen seiner Personen dringt er nicht ein. Das schafft Distanz. Und die ist nötig, um sich heute vorstellen zu können, wie die Menschen im Kriegsdeutschland gelebt haben. Wie sie bemerkten, dass die Juden weg waren. Wie sie ausgemergelte Gestalten in gestreifter Kleidung über die Straße gehen sahen, bewacht von SS-Männern. Aber nicht nachfragten, aus Angst. Denn jeder hatte gesehen, wie Menschen wegen des Besitzes von Flugblättern von der Gestapo abgeholt wurden und höchstes zerschlagen wiederkehrten. Oder wie glühende Hitler-Groupies Hasspredigten auf die wahlweise bolschewistische oder jüdische Weltverschwörung hielten. Wie alle die Klappe hielten, als die SA die Kneipe der Großeltern zertrümmerte, weil dort auch Polen verkehren durften.

Bittner gibt uns Geschichtsstunden. Das kommt niemals oberlehrerhaft daher, eher kurz und kühl. Da hat er einen großen Fundus an Wissen: Von der Schlacht bei Liegnitz 1241 bis zum Wahlsieg Adenauers als erster deutscher Bundeskanzler mit nur einer Stimme Mehrheit. Warum das wichtig ist? Um zu verstehen, warum die Menschen so dachten

und so handelten, wie sie es eben taten. Warum in jedem Jahrhundert einige mit den Mächtigen mitschwammen, andere sich in Solidarität übten. Dabei verurteilt Bittner nicht den Einzelnen, sondern versucht herauszufinden, was ihn zu seinem Handeln bewog. Wie die Großmutter, die der Nachbarin, deren Mann in der Sowjetunion getötet wurde, Lebensmittel bringt und die Miete erlässt. Dieser alltägliche Widerstand, nicht politisch motiviert, sondern auf einer grundsätzlichen Menschlichkeit basierend, ist immer wieder der eigentliche, der untergründige Held seines Romans.

Der Krieg erreicht Oberschlesien, die Familie wird vertrieben. Nach langer Zeit erreichen sie eine norddeutsche Stadt, in der der Vater kriegsversehrt im Lazarett liegt. Jahre verbringen sie in Flüchtlingsunterkünften. Die Mutter – und das ist ein großartiger literarischer Kniff – schafft im Wohnzimmer einen Salon. Eher eine Art Stammtisch. Dort treffen sich Nachbarn, Freunde, Verwandte und reden, diskutieren. Über Politik, die Weltlage, Literatur, Philosophie. Sie tun das, was in den braunen Jahren nicht möglich war und was uns heute so selbstverständlich erscheint: Sie leben Demokratie!

Das Wirtschaftswunder erreicht Deutschland zeitgleich mit dem Kalten Krieg. Auch hier wieder Geschichtsunterricht - entgegen der üblicherweise einseitig verbreiteten Sicht der Westalliierten. Denn die D-Mark wurde zuerst eingeführt. Dann die Alu-Chips von Drüben. Erst wurde die BRD gegründet, dann als Reaktion die DDR. Wobei der grausame Diktator Stalin zuvor noch die Wiedervereinigung der besetzten deutschen Zonen ins Gespräch gebracht hatte. Allerdings als neutraler Staat. Das wollten weder Adenauer noch die USA und so nahm die Geschichte ihren Lauf, schuf die Mauer in den Köpfen, in denen sie heute noch vielfach zu finden ist.

Der Junge erlebt die Auschwitz-Prozesse, die Nürnberger Prozesse, sieht die gleichen Männer und Frauen auf oberen Posten im bundesrepublikanischen wie im nationalsozialistischen Deutschland. Er besucht seinen Großvater in Ebergötzen, einen Mann, der nie aufgegeben hat, der als Lehrer – von den Nazis suspendiert

Wolfgang Bittner

Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen

Roman

zeitgeist
print & online

Der Autor:

Wolfgang Bittner, 1941 in Gleiwitz, Oberschlesien, geboren, wuchs in Ostfriesland auf. Auf dem Zweiten Bildungsweg holte er das Abitur nach und studierte Jura in Göttingen und München. 1978 erschien sein erster Roman *Der Aufsteiger* oder *Ein Versuch zu leben*. Sein bisher bekanntestes Werk ist der Roman *Niemandland*, der 1992 erschien. Bittner erhielt verschiedene literarische Auszeichnungen, zuletzt (2010) den Karlspreis der Neuen Rheinischen Zeitung.

Wolfgang Bittner:

Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen.

Ein deutsches Lebensbild.

Zeitgeist print & online,

www.zeitgeist-online.de,

ISBN 978-3-943007-21-3, 352 Seiten, gebunden, 21,90 Euro

– nun endlich sein Wissen und seine Weltsicht weitergeben darf. Der sich das selbstständige Denken nicht verbieten lässt. Dem wird der Junge nacheifern. Auf Basis historischen Wissens und persönlicher gelebter Erfahrung.

Bittner stellt mit seinem profunden Wissen in einem plausiblen Roman deutlich dar, was es heißt, aus der Geschichte zu lernen. Denn das heißt auch, mit ihr zu leben. Und Schlüsse zu ziehen über das, was gut ist und das, was unbedingt verändert werden muss.